



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 500

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 27. September 2021, 19.00 Uhr
im KUSPO**

Anwesend	34/35 6/7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Jasmine Bosshard, Karin Bosshard, Rahel Graf, Billie Grether, Andreas Moldovanyi	
	Gemeinderat: Stefan Löw (bis 20 Uhr)	
Vorsitz	Christoph Zwahlen	
Protokoll	Ulrike Schmid	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

- | | | |
|----|---|------|
| 1. | Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Ambra Bianchi, SP, anstelle von Jasmine Bosshard | 3299 |
| 2. | Motion, parteilos, Paul Dalcher, Visualisierung des Umfangs von Bauvorhaben durch Baugespanne zu Beginn des Mitwirkungsverfahrens bei Quartierplanungen | 3287 |
| 3. | Postulat, SP, Tobias Henzen, Votesprotokoll für Menschen mit einer Hörbeeinträchtigung | 3284 |
| 4. | Interpellation, SVP, Simone Schaub, Brachland / Restflächen | 3269 |
| 5. | Interpellation, SP, Rebecca Moldovanyi, Z7 | 3298 |
| 6. | Zwischenbericht Postulat, U/G, Petra Ramseier, Christoph Zwahlen Hitz-einseln in Pratteln – Klimaschutz im Wohngebiet | 3240 |
| 7. | Zwischenbericht, Postulat, FDP, Paul Dalcher, Initiierung einer öffentlichen Ideensammlung Arco Verde | 3151 |

- | | | |
|----|---|------|
| 8. | Beantwortung, Postulat, U/G, Delia Moldovanyi, Christoph Zwahlen, Sichere Fuss- und Veloverbindung von der Ergolzstrasse in die Augster/Augsterheglstrasse – Verbindung des Quartiers südlich der Bahnlinie mit der Längi | 3273 |
| 9. | Fragestunde | 500 |

Begrüssung

Christoph Zwahlen: Ich begrüsse sie alle herzlich zur 500. Einwohnerratssitzung. Viel feiern können wir in der jetzigen Coronazeit nicht wahnsinnig gut und deswegen haben wir es mit einem symbolischen Champagner zum Anstossen belassen, als doch eine kleine Geste zur «runden» Sitzung. Wir kommen zum Appell.

Präsenz

Es sind zurzeit 34 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3 Mehr 23 Stimmen.

Mitteilung des Einwohnerratspräsidenten

Christoph Zwahlen: Gemeinderat Stefan Löw lässt sich entschuldigen, er hat zeitgleich eine Sitzung mit dem Amt für Militär und Bevölkerungsschutz. Wir haben ein Rücktrittsschreiben erhalten. Rücktritt aus dem Einwohnerrat und der RPK: Sehr geehrter Präsident. Sehr geehrter Gemeinderat, Sehr geehrter Einwohnerrat, Politik war für mich immer schon wichtig. Einwohnerrat meines geliebten Pratteln zu werden, war eines meiner bisherigen höchsten Ziele. Ich wollte immer schon etwas bewirken bzw. bewegen. Ich war stolz, als ich das Schreiben der Gemeinde las, in dem ich gefragt wurde, ob ich die Nachfolge meines Parteikollegen Werner Graber antreten wolle. Ich hätte die ganze Welt umarmen können. So riesig war die Freude, dass mir ein Sitz im Einwohnerrat anvertraut wurde. Heute fällt es mir sehr schwer, meinen sofortigen Rücktritt bekanntzugeben. Mit meinen Schmerzen, die durch den Bruch zwischen zwei Halswirbeln und einer schweren Arthrose in der rechten Schulter entstanden sind, kann ich nicht mehr den Aufwand betreiben, den es benötigt. Ich muss mich fernab der Politik um meine Genesung kümmern. Ich bedanke mich beim Stimmvolk, bei der Gemeinde, beim Parlament und der Partei für das Vertrauen. Herzlichen Dank, dass ich in den letzten drei Jahren mein politisches Können auf kommunaler Ebene den Umständen entsprechend zeigen konnte. Ich wünsche euch allen weiterhin viel Spass, angeregte Diskussionen und gute Entscheidungen für Pratteln. Für die SP-Fraktion, Tobias Henzen

Seine Nachfolgerin ist Karin Bosshard. Sie ist heute aber ferienhalber abwesend.

Der Regierungsrat hat die vom Einwohnerrat Pratteln am 3. Mai 2021 beschlossenen Quartierplanvorschriften «Zentrale Pratteln» genehmigt.

Mitteilungen des Gemeinderates

- Keine Mitteilungen.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Postulat, parteilos, Paul Dalcher, Neu-Positionierung des Prattler Schloss
- Postulat, U/G, Petra Ramseier, Anpassung Tempolimite: Tempo 50 auf der Muttenerstrasse
- Postulat, U/G, Petra Ramseier, Anpassung Tempolimite: Tempo 30 auf dem Gallenweg

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses:

1. Nr. 3299

Ersatzwahl für das Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode: Ambra Bianchi, SP, anstelle von Jasmine Bosshard

Es gibt keine weiteren Vorschläge

://: In stiller Wahl wird Ambra Bianchi, SP, gewählt.

Es sind zurzeit 35 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3 Mehr 24 Stimmen.

2. Nr. 3287

Motion, parteilos, Paul Dalcher, Visualisierung des Umfangs von Bauvorhaben durch Baugespanne zu Beginn des Mitwirkungsverfahrens bei Quartierplanungen

Paul Dalcher: Es geht um Folgendes in meiner Motion: Wir möchten mit dieser Motion die Transparenz erhöhen bei grösseren Bauvorhaben, welche eine Quartierplanung voraussetzen. Transparenz erhöht das Vertrauen. Wer offen kommuniziert, hat Erfolg. Das Wesen von einer Quartierplanung ist doch, dass man mit dem Investor redet, handelt und möglichst im Interesse der Öffentlichkeit auch realisiert.

Das Anbringen von Baugespannen schon zu Beginn des Mitwirkungsverfahrens ist ein grosser Beitrag und ein wesentliches Instrument zur Erhöhung der Transparenz. Es ist aber auch ein zumutbarer Aufwand für den Investor. Mit dem Investor kann man im Rahmen des Quartierplanverfahrens sehr vieles diskutieren und aushandeln, denn letztlich will auch der Investor einen Vorteil für sich und das ist die Aufgabe von uns, von der Gemeinde, zuerst Gemeinderat dann Einwohnerrat, auch entsprechende Vorteile für die Allgemeinheit, für die Gemeinde Pratteln, herausholen zu können. Und dann hat doch der Bürger auch das Anrecht auf eine vollständige Information. Baugespanne sind visuelle Informationsmittel, die man unbedingt in Pratteln einführen sollte. Ziel von meiner Motion ist die Schaffung von Transparenz von prägenden Bauvorhaben. Ich wäre sehr froh, wenn sie, meine Damen und Herren, diese Motion überweisen könnten, denn es ist eine vertrauensbildende Massnahme und der Stimmbürger wird uns und ihnen sehr dankbar sein und das sehr bald.

GR Philipp Schoch: Paul Dalcher hat ganz wichtige Sachen gesagt, dass so eine Profilierung ein Hilfsmittel sein kann. Im ganzen Verfahren, auch in einer breiten Bevölkerung, nicht nur hier drin, wird viel diskutiert in Pratteln über die Entwicklung, wie hoch soll ein Gebäude werden, wie gross soll die Überbauung werden. Das ist sicher richtig. Braucht es aber für das Profilierungen? Das sieht der Gemeinderat ein bisschen anders. Wir haben heute andere Mittel, mit welchen man gut darstellen kann, wie eine Überbauung oder ein einzelnes Gebäude erstellt werden soll. Ich glaube, das müsste man anstreben, in diese Richtung müsste es gehen. Da sind wir auch schon dran. Wir hatten zum Beispiel Wettbewerbsverfahren wie Bredella, nein stimmt nicht, bei der Hiag, wo wir eine solche Visualisierung hatten. Da konnte man mit einer VR-Brille das ganze neue Quartier anschauen und ich glaube, in diese Richtung müssten wir gehen. Bei unseren Abklärungen haben wir auch festgestellt, dass wenn man jetzt so eine Profilierung vorschreiben würde, dass es dann je nach Projekt, und das sind jetzt nicht die ganz grossen Projekte in Pratteln, sondern so ein mittleres Projekt, Kosten von CHF 50 bis 150'000 zu Buche schlagen würden. Nur etwas, was temporär dort steht, nur zum anzeigen, wie gross etwas werden soll, da wäre der digitale Weg sicher besser. Auch ein grosser Totalunternehmer (HSR) sagt, Profilierungen seien «old school» und man kann das sicher mit digitalen Mitteln einfacher machen. Das Kosten-/Nutzenverhältnis ist also sicher entscheidend für

so etwas. Wir müssen näher an den Einwohnerrat und an die Bevölkerung herankommen mit unseren Projekten. Wir müssen diese Diskussionen führen, wie gross soll etwas werden, wie hoch soll etwas werden, welche Entwicklung trägt es, das braucht es sicher alles. Wesentlich ist aber, dass sie hier drin bei einem Quartierplan mit den geeigneten Mitteln sich gut genug informieren können, um was es eigentlich geht. Wie gross wird etwas, wie hoch wird etwas und dass wir es dann so zu einer guten Entscheidungsfindung bringen. Sie hier drin brauchen die Entscheidungsgrundlage, um entscheiden zu können. Wenn wir das umsetzen würden, so wie Paul Dalcher das vorschlägt, dann müsste man ja eigentlich zweimal profilieren, weil man es eben ganz am Anfang vom Projekt macht. Das Projekt kann sich ja dann verändern, eine Höhe kann herunterkommen, ein Volumen kann sich verändern in alle Richtungen. Dann müssen wir das wie zweimal machen und ich glaube, das ist nicht das Zielführende. Wir bemühen uns sehr, dass wir ihnen die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung stellen können, damit sie eben auch entscheiden können. Wir sehen nicht, dass es Profilierungen für das braucht.

Dominique Häring: Die Fraktion der FDP-CVP empfiehlt das Ganze abzulehnen. GR Philipp Schoch hat schon sehr viel vorausgenommen. Die Verordnung ist das Raumplanungs- und Baugesetz und zwar das kantonale und im Verfahren ist bei der öffentlichen Auflage das Bauprofil zu stellen. Nicht vorher. Wer zahlt das Profil? Wer steht gerade, wenn etwas passiert? All diese Haftungsgeschichten sind nicht geregelt und der Kanton ist Ansprechpartner. Das QP ist ein Planverfahren und während dem Planverfahren, das hat GR Philipp Schoch auch schon gesagt, kann sich sehr viel ändern. Es gibt ein Mitwirkungsverfahren, da kommen wieder Änderungen hinein, also eigentlich ist es dann eine Pseudo-Transparenz, welche wir schaffen. Ich arbeite selber in diesem Bereich. Wir haben mit BIM (Building Information Modeling), das ist das 3D-Modell, welches man kippen kann, eine Version, wo man sich wirklich hineinfühlen kann, wie hoch das wird. Man kann daneben stehen und sämtliche Architekten machen immer Modelle. Also auch das eine gute Variante. Deswegen lehnt die Mehrheit bei uns das ab.

Kurt Lanz: Im Gegensatz zur FDP-Mitte sehen wir das ein bisschen anders. Wir finden eigentlich die Idee von Paul Dalcher so weit gut. Ich persönlich, die Leute, die mich kennen, wissen das, habe schon einmal versucht, eine solche Darstellung zu machen von so einem hohen Haus, damit die Leute verstehen, wie hoch es tatsächlich wird. Für mich ist es wichtig, dass die Bevölkerung weiss, was auf sie zukommt und das halt eben tatsächlich zu einem Zeitpunkt, wo die Bevölkerung noch eingreifen kann, wo die Bevölkerung zum Beispiel ein Referendum ergreifen kann gegen einen Quartierplan. Und wenn wir diese Schau eigentlich, wie gross das tatsächlich wird, wenn wir diese erst dann machen, wenn der Quartierplan verabschiedet ist, wenn man genau weiss wie hoch das wird, dann weiss man zwar genau wie hoch es wird. Aber, wenn man das vielleicht vorher gewusst hätte, hätte man es vielleicht gar nicht haben wollen.

Vielleicht noch eine Bemerkung zum Vorstoss von Paul Dalcher. «Auf freiwilliger Basis» dünkt mich noch sehr speziell, weil auf freiwilliger Basis, das könnte man ja, wenn man dann wirklich will «auf freiwilliger Basis» schon jetzt darstellen, wie gross das wird. Mit der Aussage von GR Philipp Schoch, dass man das Ganze vielleicht auch anders darstellen könnte, nämlich mit einer 3D-Darstellung, wo man vielleicht eben auch das Umfeld sieht und so etwa abschätzen kann, wie hoch das ganze Bauvorhaben wird. Damit könnten wir auch sehr gut leben. Ich weiss nicht, was der Gemeinderat sich dann hier vorstellen würde, aber das würde er uns ja berichten, ob das dann am Schluss auf der Verwaltung möglich ist, mit einer solchen VR-Brille die ganze Geschichte anzuschauen oder ob das «File» mir oder den Interessierten heimgeschickt wird, dass sie den Film selber anschauen können, wenn sie im Besitz einer solchen VR-Brille sind. Das würden wir dann sehen, wenn die Ausarbeitung vom Gemeinderat gemacht worden ist und aus diesem Grund beantragen wir, die Motion als erheblich zu erklären.

Fredi Wiesner: Die SVP-Fraktion möchte diese Motion auch nicht als erheblich erklären. Nach den Äusserungen von GR Philipp Schoch sind eigentlich die meisten Sachen schon gesagt. Im Prinzip wäre es ja toll, wenn man so etwas hätte und auch einfach realisierbar ist. Aber wenn man sich einfach vorstellt, dass ja vielleicht dort, wo etwas so entsteht, noch Gebäude stehen in dieser Zeit, wo im Prinzip das erarbeitet werden oder angeschaut werden soll, sehen wir nicht, wie dort Profile mit der Höhe und dem Ganzen abgebildet werden, wie das stattfinden

sollte, wie man das umsetzen soll, damit es auch beurteilt werden kann oder für die Bevölkerung verständlich ist. Ich meine, bei den grösseren Quartierplänen gibt es ja meistens ein Modell, wo man auch sieht, wie es aussehen soll. Darum sehen wir nicht, dass das realistisch ist.

Emil Job: Wir von der Fraktion der Unabhängigen und Grünen haben das angeschaut und finden, man muss es erheblich erklären. Wir haben vorher GR Philipp Schoch gehört. Vieles von dem, was er erzählt hat, ist Bestandteil von dieser Motion. Da sie das ja eigentlich schon machen wollen, kann man das auch gut erheblich erklären. Dann kann der Gemeinderat auch etwas dafür ausarbeiten.

Kurt Lanz: Ich möchte Fredi Wiesner entgegnen: Ja natürlich kann das ein Problem geben, wenn man die Profile stellen muss und es steht schon etwas dort. Aber vom Gemeinderat habe ich jetzt gehört, dass man halt mit virtueller Realität tatsächlich etwas anschauen könnte, auch wenn dort schon ein anderes Haus steht. Da müssen wir keine Angst haben, dass irgendwie Profile nicht gestellt werden können, weil wir mit virtueller Realität eben auch ohne Profile auskommen. Von dem her möchte ich sie bitten, dieser Motion zuzustimmen und sie als erheblich zu erklären. Der Gemeinderat kann uns dann Vorschläge machen, wie er das umsetzen möchte.

GR Philipp Schoch: Ich habe es vielleicht zu wenig deutlich ausgedrückt. Diese Motion fordert, dass man diese Profile ins Gesetz schreibt und das will der Gemeinderat nicht. Wir wollen auf der anderen Seite die Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung stellen. Sicher mal ihnen hier drin, aber auch einer breiten, interessierten Bevölkerung, so dass man sich vorstellen kann, wie eben ein neues Projekt daherkommt. Dann stelle ich mir das so vor, das muss nicht mit einer VR-Brille sein, das kann man auch an einem Computer machen oder auf dem Handy. Also man kann switchen. Zuerst den Bestand, danach blendet man das geplante Gebäude ein. Solche Sachen stellen wir uns vor, das ist einfach umsetzbar und kann man allen zugänglich machen. Für das braucht es keine Profilstangen. Die Motion will explizit Profilstangen und gegen das wehren wir uns. Dass man Kommunikationsmittel verwenden muss und richtig einsetzt, das haben wir ihnen schon gesagt, das wollen wir umsetzen.

Dieter Pfrter: Ich bin ziemlich alleine auf der linken Ratsseite, so wie ich sitze, oder sonst ist es die rechte. Ich bin nicht überzeugt von den Gegenargumenten zur Motion von Paul Dalcher. Wenn man Profile aufstellen kann, wenn es um das konkrete Projekt geht, sehe ich keine praktischen Hindernisse, diese auch schon aufzustellen für einen Quartierplan. Es ist in Gottesnamen etwas anderes, ob man zonenkonforme Projekte macht oder ob man zuerst eine Sonderbewilligung erhält, wie das bei einem Quartierplan der Fall ist. Der Quartierplan ist der grosse, entscheidende Behördenentscheid. Nachher bei der Ausführung, ob es noch ein Meter mehr oder weniger ist oder ein Meter zurückgeht oder nach vorne, macht den Braten nicht feiss, aber ob es 50 Stockwerke oder 10 Stockwerke sind, macht ihn ziemlich feiss. Von dem hergesehen, gibt es keine anderen technischen Probleme. 50 Stockwerke kann man vielleicht nicht mit Profile ausstecken. Das kann man dann aber beim konkreten Projekt auch nicht. Dann muss man einfach das Gleiche machen, das kostet dann etwas. Aber wir reden ja von vielen Millionen bei solchen Quartierplänen. Dann muss das halt auch drinliegen. Ich wäre auch dafür zu haben, dass man nachher vielleicht auf das Profil verzichten würde beim Ausführungsprojekt, weil dann nicht mehr so viel ändert, aber anscheinend geht das nicht, weil es ein kantonales Gesetz ist, das müsste man gegebenenfalls prüfen. Aber ich unterstütze die Motion von Paul Dalcher.

Kurt Lanz: Ich weiss natürlich, dass man «in der Regel» zweimal reden darf. Okay, also ich habe jetzt die Regel einmal gebrochen, das mache ich nicht so häufig. Aber was mir schon noch wichtig ist, GR Philipp Schoch hat gesagt, die Profilierung will der Gemeinderat nicht und ich habe jetzt versucht herauszufinden, wo Paul Dalcher zwingend diese Profilierung will und das habe ich nicht gefunden. Was ich aber gefunden habe, ist, «auch eine andere Methode». Darum denke ich, der Gemeinderat bekommt jetzt den Auftrag, uns einen Vorschlag zu machen und den dann umzusetzen und darum finde ich, man kann sehr wohl dem zustimmen. Wie gesagt, die Verpflichtung, dass es ein Profil sein muss, habe ich hier nicht gelesen.

Benedikt Schmidt: Kurz Lanz sollte wirklich nicht dreimal sprechen, weil, was er gesagt hat, ist genau das, was ich jetzt sagen wollte. Die Kritik an der Motion ist wegen der Bauprofile und die Bauprofile stehen unter Ziffer 1 der Motion ganz klar auf «freiwilliger Basis». Dann gibt es noch den Punkt 2 der Motion, welcher ganz klar sagt «oder andere Methoden». Also, wenn ihr es genau lest, könnt ihr dieser Motion wirklich bedenkenlos zustimmen, weil die anderen Methoden der Gemeinderat sowieso einführen will.

Fredi Wiesner: Zu Kurt Lanz: Im ersten Satz steht eigentlich, dass man die aufstellen soll, ganz oben bei «das Begehren». Einfach nochmal wegen diesen Bauprofilen. Das klingt einfach so schön, aber wie man ja weiss, kann so ein Quartierplanverfahren sehr lange gehen, kann je nachdem auch irgendwie ein, zwei bis drei Jahre gehen. Wenn die Forderung ist, dass das schon am Anfang aufgestellt werden soll, damit man dagegen Einsprachen machen kann, muss man sich einfach einmal vorstellen, ob man so lange solche Sachen herumstehen und anschauen lassen will. Ich glaube, das ist einfach nicht sinnvoll.

Andreas Seiler: So wie ich die Motion lese, geht es ganz klar, wie es unter Begehren steht, um die Bauprofile. In diesen drei Punkten heisst es erstens, auf freiwilliger Basis soll der Gemeinderat das versuchen umzusetzen. Zweitens er soll Alternativen prüfen und dann kommt Punkt drei, wo es heisst, der Gemeinderat muss entsprechend ein Reglement machen, gemäss dem Begehren, welches oben steht. Es gibt in der ganzen Baugeschichte schon so viele Vorschriften, Reglemente und bürokratische Hürden. Da brauchen wir nicht noch eine mehr. Ich finde, die Quartierplanverfahren sind genügend transparent, man kann die Volumen auch anschauen. Es gibt Möglichkeiten zu visualisieren und es braucht für mich jetzt nicht noch eine weitere Vorschrift auf Gemeindeebene, welche dann wieder auf jeder Gemeinde anders ist. Wir schauen ja für Pratteln, haben aber trotzdem ein Interesse daran, dass wir ein attraktiver Standort sind. Darum bin ich gegen eine Erheblicherklärung der Motion, weil ich eigentlich nicht will, dass man jetzt hier noch mehr Vorschriften, Regeln und Hürden einbaut.

Gerold Stadler: Zu Fredi Wiesner: Du hast gesagt, wenn die Profile längere Zeit dort herumstehen, das sei schon nicht so schön. Aber ganz ehrlich, wenn man sieht, was dann dort kommt und man sich vorher noch dagegen wehren kann, habe ich lieber zwei Jahre so Profile als nachher 50 Jahre ein hohes Haus, welches ich gar nicht will. Das steht dann länger herum. Das finde ich kein Argument. Es geht ja um die Visualisierung und das ist das Wichtige. Man will ja sehen, wie sieht das Haus, das Gebäude dort aus, welches steht. Ein 3D-Modell auf der Gemeinde ist ja wunderschön, aber die Häuser ringsherum sieht man dort nicht im Vergleich und das ist das Entscheidende. Das habe ich schon genügend oft gesehen, sich dreidimensional etwas vorzustellen ist schwierig, wenn man es nur auf dem Plan sieht und keinen Vergleich dazu hat. Wenn man es am Ort sieht, wo es steht, genau dann weiss man, wie hoch so etwas wird oder wie es nachher steht. Das ist wichtig und deshalb die Profilierung. Oder eben ein Äquivalent und hier zu dir, Andreas, der Gemeinderat wird beauftragt, dort steht was er machen muss. Das Begehren oben ist nicht entscheidend, sondern die drei Punkte unten und dort wird ganz klar genannt «freiwillige Profilierung oder etwas Gleichwertiges». So verstehe ich das und ich glaube, das liegt ja dann in der Hand vom Gemeinderat, dass er uns etwas Gutes präsentiert, etwas gutes Gleichwertiges.

Paul Dalcher: Besten Dank für die Diskussion hier, das ist genau das, was wir wollen. Wir wollen eine Debatte, wir wollen eine stärkere Debattenkultur in Pratteln und das ist mitunter auch in diesem Thema, von mir aus eine Motivation so etwas zu fordern, damit die Stimmbürgerschaft und nicht wir vierzig Einwohnerräte, sich rechtzeitig, frühzeitig mit den Auswirkungen auseinandersetzen können mit solch einem Bauvorhaben mittels Quartierplanverfahren. Wir müssen uns klar sein, der Stimmbürger hat nicht das Vorstellungsvermögen wie wir hier drin vielleicht und das müssen wir 1:1 sehen. Ich bin eigentlich enttäuscht vom Gemeinderat, dass er sehr technisch argumentiert etc. Da gibt es Baugespanne mit Seilen, mit entsprechend technischen Instrumenten, wo das gemacht wird, welche sehr leicht sind und die auch längere Zeit stehen können, das spielt gar keine Rolle, wie flexibel die sind. Wir sind nicht die erste Gemeinde, welche Quartierpläne realisieren will. Andere haben es gestern erlebt, dass es nicht so klappt. Vielleicht war das ein Fehler, man hätte dort die Konsequenzen mit klar definierten und visualisierten Mitteln darlegen sollen. Ich bin der Meinung, man sollte diese Motion nach

wie vor überweisen und ich bin überzeugt, dass das bei der Stimmbürgerschaft gut ankommt. Im Hinblick auf die kommenden Verfahren zu Quartierplanungen, wird uns das recht behilflich sein, damit wir die Akzeptanz und das Vertrauen gewinnen können.

Abstimmung

://: Die Motion wird mit 18 Ja- zu 17 Nein-Stimmen für erheblich erklärt.

3. Nr. 3284

Postulat, SP, Tobias Henzen, Votenprotokoll für Menschen mit einer Hörbeeinträchtigung

Mauro Pavan: Ich darf das Geschäft heute vertreten, weil Tobias Henzen leider nicht mehr im Einwohnerrat ist. Einige haben das vielleicht vorher schon festgestellt und ich bin auch schon angesprochen worden, dass das Postulat hier eigentlich gar nicht die richtige Form ist. Ursprünglich hatte ich vor, dass unkompliziert in einen Antrag ans Büro umzuwandeln auf eine Revision des Geschäftsverzeichnisses. Ich habe jetzt in der Zwischenzeit mir das aber noch einmal anders überlegt und bin persönlich zum Schluss gekommen: Das Geschäftsreglement des Einwohnerrats spricht klar von einem schriftlichen Protokoll. Auch wenn das nicht explizit so genannt ist, deuten alle Absätze, welche unter Protokoll aufgeführt sind, darauf hin, dass es sich um ein schriftliches Protokoll handelt mit Ausnahme des letzten, welches zusätzlich von einer Tonträgeraufnahme der Diskussion hier drin redet. Ich finde es aber trotzdem wichtig, zu diesem Geschäft noch einmal zu reden, weil Tobias Henzen einen wichtigen Punkt eingebracht hat mit diesem Postulat. Einer, welcher noch gar nicht diskutiert worden ist, als wir ursprünglich über das Votenprotokoll nur noch als Tonträger oder schriftlich oder beides diskutiert haben, dass es eben genau für die Menschen mit einer Hörbeeinträchtigung, Menschen die gehörlos sind, immens wichtig ist, dass das Protokoll weiterhin auch in schriftlicher Form vorliegt. Das möchte ich darum hier noch einmal gesagt haben und im Protokoll festgeschrieben haben, *geschrieben*, damit das alle lesen können, dass es darum erhaltenswert bleibt. Das Postulat kann man aus meiner Sicht als gegenstandslos betrachten.

GP Stephan Burgunder: Ich weiss gar nicht, ob es mir zusteht, überhaupt noch etwas dazu zu sagen. Mauro Pavan hat es analysiert, zuständig für dieses Geschäft ist nicht der Gemeinderat, sondern das Büro vom Einwohnerrat respektive der Einwohnerrat.

Bis auf Weiteres gibt es aus meiner Sicht das Protokoll zum Anhören und zum Nachlesen und wenn das anders sein soll, darf selbstverständlich der Einwohnerrat entscheiden und darum will ich mich hier gar nicht weiter einmischen.

Christoph Zwahlen: Es ist eigentlich ein Geschäft, welches ins Einwohnerratsbüro gehört. Es ist ein Teil der Digitalisierung und es läuft ja eine Versuchsphase, wo wir jetzt das Tonprotokoll und das schriftliche Protokoll parallel haben. Diese Phase ist bewilligt bis Ende August 2022. Vorher müssen wir also sowieso darauf zurückkommen. Wenn ihr das Geschäft überweisen wollt, müsst ihr das nicht an den Gemeinderat überweisen, sondern ans Büro des Einwohnerrats. Dies im Zusammenhang mit der Vorlage, bei welcher wir alle mitbestimmen, wie wir das weiterhin wollen.

Silvio Fareri: Die FDP-CVP-Fraktion ist der Auffassung, dass das Postulat zum jetzigen Zeitpunkt noch verfrüht ist, dass wir das ablehnen sollten. Das Anliegen des Postulanten ist insofern erfüllt. Die Schriftlichkeit liegt vor, das ist Fakt, das können wir ja nach jeder Einwohnerratssitzung wieder überprüfen. Nach dem Pilotversuch ist, wie der Einwohnerratspräsident gesagt hat, die Diskussion offen, wie wir zukünftig verfahren werden. Nach meiner persönlichen Einschätzung dürfte sich das wahrscheinlich nicht ändern. Es geht um die Inklusion von Personen mit einer körperlichen Beeinträchtigung oder generell Personen mit einer Beeinträchtigung. Ich denke, das Anliegen ist vollkommen unbestritten, aber zum jetzigen Zeitpunkt noch verfrüht.

Mauro Pavan: Also wie gesagt, mir war das eben ja bewusst, dass das eigentlich ein Antrag an das Büro wäre und habe es trotzdem wichtig gefunden im Hinblick auf die Pilotphase. Es darf eigentlich gar nicht zur Diskussion stehen, dass das schriftliche Protokoll je wegfällt. Genau aus diesen Gründen, welche der Postulant, auch wenn er die falsche Form gewählt hat, anführt.

Petra Ramseier: Ich möchte diese Gelegenheit auch nutzen, ob es jetzt ein Postulat an den Gemeinderat oder an das Büro ist. Ich war schon immer dafür, dass das Votesprotokoll bleibt, weil es auch für nicht Hörbeeinträchtigte Menschen einfacher ist, ein Votum wieder zu finden im Schriftlichen als im Ton. Von dem her bin ich sowieso für das Votesprotokoll. Was mir jetzt nicht ganz klar ist, stimmen wir ab oder nicht? Ich bin auf jeden Fall froh, die Gelegenheit zu haben, das noch einmal zu sagen.

Christoph Zwahlen: Wenn Mauro Pavan das Postulat als Postulant nicht zurückzieht, dann stimmen wir darüber ab, ob es an das Büro vom Einwohnerrat überwiesen wird oder nicht.

Mauro Pavan: Nein, ich kann das nicht zurückziehen, wenn es von jemand anderem ist.

Patrick Ritschard: Wir von der SVP-Fraktion sind für nicht überweisen. Mauro Pavan hat das sehr gut analysiert. Der Antrag ist eigentlich gar nicht nötig. Was wir uns noch gefragt haben, gibt es überhaupt irgendwelche Daten, kann man schon sagen, wie oft das Votesprotokoll heruntergeladen wird?

Abstimmung

://: Das Postulat wird mit 19 Nein- zu 13 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen nicht überwiesen.

4. Nr. 3269

Interpellation, SVP, Simone Schaub, Brachland / Restflächen

GR Philipp Schoch: Das ist eine gute und umfassende Interpellation. Ich versuche das zusammenzufassen und einen Überblick zu den verschiedenen Fragen zu geben. Ein Punkt sind Klein-Wohnformen. Für diese gelten die ordentlichen Baubewilligungsverfahren. Sie können punktuell das Wohnungsangebot in Pratteln ergänzen. Das ist sicher eine tolle Sache. Mangels von geeigneten baulichen Ausnutzungen sind aber keine universalen Lösungen auf dem kommunalen Wohnungsmarkt und die haushälterische Nutzung von Flächen angebracht. Das ist gemäss den geltenden Zonenvorschriften bereits möglich, solche kleinen Wohnformen aufzustellen. Die Umsetzung obliegt jeweils den Grundeigentümern und der Kanton ist die entsprechende Bewilligungsbehörde. Bei den Brachflächen geht es vor allem um die partizipative Gestaltung von noch Freiflächen. Das ist grundsätzlich ein sehr interessanter Ansatz. Bei den kommunalen Freiflächen braucht es dafür unbedingt ein strukturiertes Verfahren, damit die Rahmenbedingungen frühzeitig und transparent vermittelt und die Partikularinteressen moderiert werden können, sprich Zusammenleben, Nachbarschaft, Lärm, Zufahrt, Wegfahrt, Parkierung usw. All diese Fragen kennen sie alle. Diese sollte man dort zuerst klären. Bei privaten Arealen, zum Beispiel in einem Quartierplan, kann das ein Gewinn sein. Die Gemeinde bringt die hohe Freiraumqualität und die frühzeitige Partizipationsmöglichkeit bei Arealentwicklungen heute schon ein. Das haben wir zum Beispiel beim QP Zentrale gemacht. Bei Bredella sind wir noch im Gespräch und sind zuversichtlich, dass wir dort auch das eine oder andere umsetzen können. Zu den konkreten Punkten:

Frage 1: Sind in Pratteln freie Flächen bis ca. 250 m² (in Privat- & öffentlichem Besitz) in den Wohn- & Wohn-/Geschäftszonen (nicht Kernzone) vorhanden? In der Gemeinde besteht kein Kataster, wo man die Freiflächen ausweisen könnte. Wir wissen es schlicht auch nicht. Wir gehen aber davon aus, dass Freiflächen von privaten Eigentümern und von der Gemeinde Reserven vorhanden sind, welche für solche Kleinwohnungen genutzt werden könnten. Freiraumprojekte sind grundsätzlich in allen Zonen, in Abhängigkeit von den lokalen

Gegebenheiten, möglich. Kleinwohnungen können nur in Zonen bewilligt werden, wo eben auch Wohnen zulässig ist.

Frage 2: Wenn ja, ist die Gemeinde bereit, deren Besitzer über die oben genannten Möglichkeiten zu informieren? Wir sehen hier keine Veranlassung, um jetzt da irgendwie ein grösseres Programm daraus zu machen. Die Nutzungsmöglichkeiten sind allgemeinverbindlich im Zonenreglement festgehalten. Die Bauten von Kleinwohnformen sind bewilligungspflichtig und müssen den Zonenvorschriften entsprechen. Bei Quartierplanungen zum Beispiel kann die Gemeinde auf temporäre Nutzungsmöglichkeiten und die partizipative Freiraumgestaltung hinwirken, das habe ich vorhin schon gesagt, das machen wir schon.

Frage 3: Ist der Gemeinderat offen für Kleinwohnformen und innovative Wohnprojekte? Ja, grundsätzlich schon. Wir streben ein vielfältiges Wohnungsangebot an, das ist auch in den Legislaturzielen so verankert. Wesentlich dabei ist dem Gemeinderat auch die Qualität von allen Bestrebungen, also egal ob das jetzt eine Klein-Wohnform ist oder ein Quartierplan oder sonstige Umnutzungen.

Frage 4: Würde der Gemeinderat bei einer geplanten Arealumnutzung den Bauherren anfragen, ob während der kürzeren bis längeren Phase des Brachliegens eine temporäre Nutzung für die Quartierbevölkerung möglich ist (beispielsweise als Spielfläche o.ä.)? Ja, das haben wir schon probiert oder auch konkret umgesetzt, nicht nur probiert.

Frage 5: Könnte man erschlossene Rest-Flächen allfällig auf der Prattler Gemeinde-Website aufschalten (ohne Nennung von Preisen, dies würde zwischen Besitzer und Interessent geregelt, es handelt sich hier rein um eine Art Vermittlung)? Nein, weil wir kein Kataster haben.

Frage 6: Könnten allenfalls Anschlussgebühren für Wasser und Abwasser der Nutzung (Komposttoilette, Grauwasserverwertung, Pflanzenkläranlage etc.) angepasst werden, um nachhaltige Nutzungsformen zu fördern? Hier braucht es keine Sonderregelung. Das haben wir schon. Die kommunalen und kantonalen Vorschriften sind allgemein verbindlich und sehen das eigentlich so vor.

Es gibt sowieso einen Vorteil für so kleinere Wohnvorhaben. Das kommunale Reglement sieht dort eine Reduzierungsmöglichkeit vor, kleinere Bauten verursachen weniger Anschlussgebühren. Darum verursachen sie weniger Kosten und das wird dann entsprechend so umgelegt. Bei Hausinstallationen besteht kein Spielraum, beim Wasserverbrauch logischerweise schon. Beim Abwasser können die Gebühren reduziert werden, auch dort ist die Menge massgebend. Weitere Reduktionsmöglichkeiten ergeben sich natürlich auch beim Energieverbrauch. Es ist ja klar: Je weniger man verbraucht, desto günstiger ist es.

Die Interpellantin verlangt Diskussion und der Rat stimmt dieser zu.

Simone Schaub: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung von meinen sehr umfangreichen Fragen. Ich wollte eigentlich einen Teil in einer Interpellation machen und den Rest in einem Postulat, weil es eben umfangreich ist. Mich hat in erster Linie einfach mal die Einstellung vom Gemeinderat zu diesem Thema interessiert und aus diesem Grund habe ich nur eine Interpellation gestartet. Auf was man von mir aus gesehen etwas zu wenig eingegangen ist bei der Beantwortung, ist wegen dem Brachland. Es ist mir schon klar, Pratteln ist gut verbaut und so weiter und so fort. Aber, ob die Möglichkeit besteht, dass wir eine Zwischennutzung haben könnten. Ich rede hier natürlich nicht von einem «tiny house» darauf zu stellen, sondern effektiv etwas, sei dies eine Spielwiese oder weiss ich nicht was. Das kann man dann je nach Ort bestimmen. Ich wäre froh, wenn ich hier noch eine Antwort darauf bekomme. Zum «tiny house»: Mir ging es eigentlich darum, diesen die Möglichkeit zu geben. Es wurde zwar angesprochen, dass es eine Reduzierung gäbe. Grundsätzlich gibt es nur Ausnahmen von den Kosten, wenn man ein Gartenhäuschen hinstellt. Aber wir reden natürlich nicht von einem Gartenhaus. Also, wir reden hier schon von jemandem, welcher darin wohnen kann. Das ist, ich sage jetzt einmal, durchschnittlich 20 bis 25 m². Wenn es eine Familie ist, kann das natürlich bis 40 m² sein. Ich meine nicht, dass es hier aktuell Ausnahmen gibt und darum wollte ich auch wissen, gäbe es eine Möglichkeit und dann würde ich natürlich eine Motion bringen, dass man rechtliche Anpassungen macht. Das wäre noch meine Frage dazu.

Christine Weiss: Ich war etwas befremdet, als ich das gelesen habe. Weil ich selber als Besitzerin einer Liegenschaft, welche auf zwei Parzellen ist, mit einem grossen Einfamilienhaus, mir das einmal vorgestellt habe, dass der Gemeinderat sich jetzt einmischen würde und sagt: *«Frau Weiss, Sie haben einen so grossen Garten. Überlegen Sie sich bitteschön, ob Sie dort nicht so Kleinstwohnungen darauf haben wollen oder jemandem zur Verfügung stellen für eine Jurte oder was auch immer das dann sein soll.»* Ich finde, es ist nicht Aufgabe des Gemeinderats, das zu machen. Wir könnten im Prattler Anzeiger mal eine grössere Information über solche Wohnformen machen, wo man das anpreist und sagt, wie sinnvoll das ist, was es ja auch ist. Aber der Gemeinderat ist eigentlich nicht derjenige, welcher das unternehmen und machen müsste.

Andreas Seiler: Christine Weiss hat eigentlich das Wichtigste, was ich sagen wollte, jetzt schon vorweggenommen. Wir von der FDP-CVP-Fraktion sehen das eigentlich auch nicht als Aufgabe des Gemeinderats, dass er jetzt in den privaten Gärten spionieren geht und schaut, wo es allenfalls noch Platz hätte und dann irgendwelche Listen macht. Wir waren ein bisschen irritiert, dass gerade von der SVP so ein Vorstoss kommt, weil die SVP eigentlich immer für uns ein guter Partner ist, wenn es darum geht, die Gemeindeverwaltung schlank zu halten. Der andere Teil vom Vorstoss mit dem Brachland, dass wenn wir grössere Areale haben, die nicht genutzt werden, zum Beispiel wenn man auf einen QP wartet, welcher noch nicht fertig ist, dort können wir uns schon vorstellen, dass der Gemeinderat aktiv wird oder wenn sich nicht selber schon etwas ergibt. Vielleicht haben die Grundeigentümer auch ein Interesse daran, dass sie eine kleine Mieteinnahme haben mit irgendeiner Zwischennutzung. Das sehen wir als sinnvoll an, weil es auch in einer gewissen Grösse ist, aber jetzt in allen Gärten schauen und da noch eine Liste machen, wie du das einmal dort angefragt hast, wo es das allenfalls gibt. Nein, das ist jetzt für uns wirklich keine Gemeindeaufgabe. So viel aus unserer Fraktion zu diesem Thema.

Andrea Nägelin: Ich glaube, es ist bereits gesagt worden, es handelt es sich um zwei verschiedene Angelegenheiten. Das eine sind Privatgärten, das kann ich nachvollziehen. Das andere ist aber die Nutzung von Brachland und Restflächen und das finde ich durchaus eine gute Sache. Da gibt es auch eine Website, wo die Projekte vorgestellt sind, die es bereits gibt. In der Interpellation wurde darauf hingewiesen und ich fände das durchaus eine gute Sache, um das zu vertiefen.

GR Philipp Schoch: Also ich versuche es nochmal. Die Reduktion wurde angesprochen. Da sind zwei wesentliche Punkte, welche dort entscheidend sind. Einerseits der Gebäudeversicherungswert und andererseits der Verbrauch, das habe ich vorher schon erwähnt. Eine Familie mit einer Villa und einem Pool verbraucht mehr, wie ein Single in einem «tiny house». Anhand von dem errechnen sich auch die Kosten der Anschlussgebühren usw. Wir meinen, es braucht dort keine weiteren Regelungen, weil dem wird eigentlich schon Rechnung getragen, dass eben derjenige, welcher weniger verbraucht mit dem kleineren Gebäude, auch weniger bezahlt. Das ist abgestuft auf die Gebäudegrösse. Die Anschlussgebühren, zum Beispiel der Coop-Verteilzentrale, waren ein rechter Betrag und wird bei einem «tiny house» nicht der gleiche Betrag sein. Zu den Themen Zwischennutzungen, Optimierungen, öffentlicher Raum besser nutzen, Brachland einbeziehen: Da versuchen wir wirklich, das an den Beispielen oder am einzelnen Platz fest zu machen. Wir können das nicht so generell sagen und versuchen bei den einzelnen Projekten auch immer wieder Einfluss zu nehmen. Ich habe vorher Bredella und Zentrale erwähnt. Wir versuchen das auch oder machen das auch. Bei der Hiag sind es sehr grosse Flächen, wo Zwischennutzungen gut passen würden. Wir waren auch schon konkret am Diskutieren bezüglich Zwischennutzungen. Zum Beispiel mit dem ehemaligen Rohner-Verwaltungsgebäude. Das ist dann aber nicht zustande gekommen, weil das Gebäude in einem sehr schlechten Zustand ist. Wir versuchen wirklich auch die Möglichkeiten, welche die Veränderungen mit sich bringen, auch zu nutzen und wirklich auch den knappen Raum optimal auszunützen. Das ist so die grobe Stossrichtung. Es gibt diese Beispiele, wo wir das schon umgesetzt haben und wir wollen sicher weitermachen mit dem. Wir sind eine attraktive Gemeinde und Standort. Wir sind bestens erschlossen und darum natürlich auch interessant für genau solche Zwischennutzungen. Die Planungen gehen über Jahre, das wisst ihr, und diese

Zeit kann man je nachdem auch nutzen. Manchmal geht es nicht wegen dem Bauperimeter. Bei der Hiag muss man jetzt halt sehr viel sanieren, abreißen usw., das ist auch eine Sicherheitsfrage. Aber das Thema ist eigentlich schon in den Köpfen von uns Gemeinderäten. Wir bringen immer wieder auch Ideen ein, diskutieren Ideen, könnte man am einen oder anderen Ort etwas machen. Das Thema ist bei uns präsent und wir wollen die gute Ausgangslage, welche wir in Pratteln haben auch entsprechend aktiv nutzen.

://: Die Interpellation ist beantwortet.

5. Nr. 3298

Interpellation, SP, Rebecca Moldovanyi, Z7

GR Roger Schneider: Herzlich begrüßen möchte ich eine Delegation vom Z7. Damit es nicht zu lange wird, verzichte ich auf das Vorlesen der Fragen. Ihr habt sie sicher vor euch liegen. Nach einer kurzen Vorbemerkung würde ich auf die Fragen eingehen und beantworten. Der Gemeinderat ist insgesamt der Ansicht, dass das Z7 eine ganz wichtige Kulturinstitution in Pratteln ist. Davon habe ich mich gerade kürzlich nochmals überzeugt, von dieser «Location» und auch von dem, was dort unten geboten wird. Das ist ganz toll. Diese Haltung vertritt der Gemeinderat seit Langem und unterstützt das Z7 entsprechend. Traditionell pflegt der Gemeinderat einen regen Austausch mit dem Z7 und unterstützt den Betrieb im Rahmen von seinen Möglichkeiten. Zur bisherigen Unterstützung möchte ich ein paar Punkte erwähnen:

- Regelmässige unentgeltliche Bereitstellung der Kraftwerkstrasse seit 2016 für Openair-Festivals, auch bei sehr kurzfristigen Anfragen
- Tolerierung der teilweisen Nutzung der Kraftwerkstrasse (Parzelle Nr. 4566) für Kassen-, Warte- und Aufenthaltsbereiche, Anlieferung
- Regelmässiger Austausch mit dem Z7 zu aktuellen Problemen und Suche nach Lösungsmöglichkeiten
- Suche und Vermittlung von Parkierungslösungen

Der aktuelle Handlungsbedarf ist dem Gemeinderat bekannt. Er ist bereit, gemeinsam mit dem Z7 eine Lösung zu suchen, wie das eben bereits in der Vergangenheit angestossen worden ist. Leider haben aber die präsentierten Lösungsmöglichkeiten nicht immer so gefruchtet.

Frage 1: Teilt der Gemeinderat die Ansicht, dass das Z7 eine wichtige Kulturinstitution mit einer Ausstrahlung weit über Pratteln hinaus und ein wichtiger Standortfaktor für Pratteln ist? Ist er auch der Meinung, dass das Z7 in Pratteln weiterbestehen soll, und ist er bereit, notwendige Massnahmen zu ergreifen? Der Gemeinderat schätzt die Arbeit des Z7 und seines Teams sehr. Das Z7 bereichert das kulturelle Leben in Pratteln. Mit seinem Konzertangebot hat es eine Ausstrahlung, die weit über Pratteln hinaus wirkt und viele Gäste aus anderen Kantonen und aus dem Ausland anlockt. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass das Z7 weiterbestehen soll und er ist bereit, das Weiterbestehen des Z7 im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen. Die Einwohnergemeinde ist dem öffentlichen Interesse verpflichtet. Das bedeutet abwägen der Interessen, vermitteln zwischen Privaten, Schaffen von optimalen Rahmenbedingungen für alle – als transparenter Kompromis. Weil die Gemeinde nur eingeschränkt über eigene Grundstücke verfügt und diese verschiedenen, zu berücksichtigenden, Rahmenbedingungen unterliegen (Baurechtszinsen, Verkehrsanforderungen, Nutzungsanforderungen kommunaler Einrichtungen etc.), kann eine Lösung nur gemeinsam mit den umliegenden privaten Grundstückseigentümern erfolgen. Fazit: Kurzfristig kann man eine Lösung im Grüssen suchen. Eine längerfristige Lösung kann heute aber nicht garantiert werden. Aber wir sind zuversichtlich. Aufgrund der beschränkten eigenen Flächen, kann die Gemeinde vor allem vermittelnd tätig sein.

*Frage 2: Zentral für die Weiterexistenz des Z7 ist Bereitstellung der nötigen Parkplätze für die Konzertbesucher*innen, da nach Konzertschluss kaum mehr ÖV-Verbindungen bestehen. Die in der Umgebung vorhandenen Parkhäuser bei verschiedenen Unternehmungen (IKEA, Pfister, Mediamarkt etc.) eignen sich aus rechtlichen Gründen wie Haftung und aufgrund der zeitlichen Verfügbarkeit nicht. Ist sich der Gemeinderat dessen bewusst?* Ja. Wir hätten aber noch eine Frage an die Interpellantin. Du schreibst hier, dass die Parkhäuser oder die

Parkierungsmöglichkeiten sich aus rechtlichen Gründen wie Haftung nicht eignen würden. Hier hätten wir eine Verständnisfrage, woher du das hast. Also, der Gemeinderat ist sich dessen bewusst, was dort gefragt wird. Die Gemeinde besitzt jedoch nur eingeschränkt verfügbare Grundstücke, das habe ich schon gesagt und diese wurden bereits mit den Betreibern vom Z7 überprüft und für ungeeignet erachtet worden. Eine Parkierungslösung müsste also vor allem mit den umliegenden privaten Grundeigentümern gefunden werden. Eine solche Lösung muss aber freiwillig erfolgen. Die Gemeinde kann hier vermittelnd mitwirken. Eine für alle tragfähige Lösung muss aber privatrechtlich geregelt werden.

Frage 3: Gut geeignet wäre die Parzelle 4558 (ca. 16'000m², wovon rund die Hälfte nutzbar ist). Es ist eine ehemalige Deponie. Das Areal wird wirtschaftlich nicht genutzt. Ist die Gemeinde bereit, das Areal oder ein Teil davon für die erforderlichen Parkplätze gegen Bezahlung zur Verfügung zu stellen und was wären die Bedingungen dazu? Nötig ist eine ausreichende Vertragsdauer, die dem Betrieb genügend Rechtssicherheit bietet.

Frage 4: Wie hoch sind die Einnahmen, die die Gemeinde in den letzten 20 Jahren für die Freihaltung der Parzelle 4558 für eine potenzielle Interessentin erzielt hat? Wie ihr alle wisst, ist die Parzelle 4558 im Grüssenhölzli im Eigentum der Gemeinde Pratteln. Aktuell wird die Parzelle mit Tennis-Anlagen genutzt. Es besteht ein Mietvertrag mit dem Tennisclub der Basellandschaftlichen Kantonalbank. Die Mieteinnahmen betragen jährlich CHF 500. Dann besteht da auch noch eine Teilnutzung durch ein Bootshaus, also ein Bootswinterlager, welche CHF 5'400 Miete im Jahr zahlen. Weiteres ist bis dato nicht bekannt, dass dort Einnahmen fliessen. Die Parzelle ist eine der wenigen Grundstücke im Eigentum der Gemeinde. Sie ist hervorragend gelegen (ÖV Anbindung, KRIP: Arbeitsgebiet von kantonaler Bedeutung, Standort für publikumsintensive Einrichtungen) und erschlossen. Sie hat einen Wert von über CHF 1'000/m² (Gutachten Wüest Partner). Ein Baurechtszins muss sich an Potenzial und Grundstückswert sowie den üblichen Rahmenbedingungen (Zinssatz, Laufzeit) orientieren. Eine öffentliche Ausschreibung würde entsprechende Erträge für die Gemeinde generieren. Es besteht ein Baurechtsvertrag mit der Migros Genossenschaft über die Erstellung eines OBI-Fachmarktes. Infolge der vom Einwohnerrat am 24. September 2018 widerrufenen Zustimmung zur Quartierplanung „Fachmarkt Grüssenhölzli“ vom 16. Dezember 2013 wird das Fachmarkt-Projekt aktuell überarbeitet. Von der Gemeinde wurde angeregt, dass die Parkflächen, welche neu entstehen, auch dem Z7 zur Verfügung gestellt werden. Es ist denkbar, eine gemeinsame Lösung mit der späteren Baurechtsnehmerin zu finden.

Frage 5: Gibt es andere Flächen, die gegen Bezahlung zur Parkierung zur Verfügung gestellt werden könnten? Die Gemeinde hat gemeinsam mit Vertretern vom Z7 verschiedene Flächen im Gemeindegebiet geprüft, die sich aber nicht als geeignet erwiesen haben. Nach aktuellem Kenntnisstand gibt es keine weiteren Parzellen, die gegen Bezahlung zur Verfügung gestellt werden könnten. Nach Abklärung der Abteilung Bau, Verkehr und Umwelt ist die Nutzung des Grüssenhölzliwegs für eine Parkierung nur sehr beschränkt möglich. Die Strasse ist heute mit einer Breite von 4m realisiert und nicht beleuchtet. Eine Fahrbahn benötigt bereits 2.30m. Ein Abgraben südlich der Strasse führt bald zu Entsorgungsbedarf der Altlasten im Boden. Nördlich der Strasse befindet sich Wald. Aus Haftungs- und Platzgründen können hier folglich keine oder nur beschränkt Parkplätze in Aussicht gestellt werden. Es müsste folglich eine Lösung mit privaten Grundeigentümern bevorzugt werden.

*Frage 6: Für die Existenz des Z7 ist die Nutzung der Kraftwerkstrasse während der Konzerte für die Besucher*innen zentral. Was für Pläne bestehen in Bezug auf die Kraftwerkstrasse in den nächsten Jahren?* Die Situation in Grüssenhölzliweg, Zurlindenstrasse und Kraftwerkstrasse stellt sich wie folgt dar: Es sind kommunale Strassen von lokaler und übergeordneter Bedeutung. Sie sind für die Erschliessung des Gewerbegebiets und die Verbindung in die Rheinebene zwingend notwendig. Der heutige Ausbau entspricht der Verkehrssituation im Grüssen. Der weitere Ausbau ist vorgesehen und richtet sich nach den Bedürfnissen der umliegenden Entwicklung und den Verkehrsbedürfnissen im Grüssen und im Gemeindegebiet. Eine Nutzung für Veranstaltungen und Infrastrukturen kann wie bisher nur ausnahmsweise erfolgen (z.B. für Openair-Festivals).

Die Interpellantin verlangt Diskussion und der Rat stimmt dieser zu.

Rebecca Moldovanyi: Ich bedanke mich beim Gemeinderat und insbesondere bei GR Roger Schneider für die Antworten. Ich bin sehr froh und erleichtert, dass der Gemeinderat hinter dem Z7 steht und sagt, sie wollen diese Institution von Pratteln unterstützen, damit sie nicht wegziehen müssen. Wie GR Roger Schneider schon gesagt hat, ist das Z7 regional eine sehr bekannte Kultureinrichtung. Es zählt jährlich durchschnittlich 90'000 Gäste, Tendenz steigend. So waren es im Jahr 2019 sogar 120'000. Jetzt einfach einmal, das in einen Vergleich hineinsetzen: Ich habe den Geschäftsbericht der Theatergenossenschaft Basel angeschaut und sie zählen für das gleiche Jahr halb so viele Opernbesucher. Also das Z7 ist eine enorme Einrichtung und schafft einen grossen kulturellen Mehrwert. Es ist regional und über die Landesgrenzen bei Kulturschaffenden sowie Konzertbesuchenden bekannt. Es bereichert somit viele Leben und hat auch schon einen Kulturpreis für die Arbeit gewonnen. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal von Pratteln, welches Pratteln auch für das Image nutzen könnte. Im Gegensatz zu vielen anderen Kultureinrichtungen ist das Z7 selbsttragend und bekommt keine Subventionen. Die Konzerthalle muss dringend saniert werden. Das machen sie natürlich nur, wenn sie eine Perspektive haben in Pratteln, wenn sie Sicherheit haben. Diese Sicherheit bedeutet halt genau diese beiden Dinge, die hier angesprochen wurden, nämlich die Parkplätze und die Kraftwerkstrasse. Die Parkplätze sind eine Vorgabe vom Bund, eine solch grosse Konzerthalle muss eine gewisse Anzahl Parkplätze stellen können. Die Strasse brauchen sie für die Zufahrt der Lebensmittel, für alles Mögliche, für Busse, die mit Gästen kommen. Ich wurde gerade vorher gefragt, was dann mit den Parkplätzen in Einkaufszentren ist. So im grossen und ganzen, oder prinzipiell immer, befürworte ich Doppelnutzungen. Im Falle des Z7 und den Einkaufshäusern ist das aber relativ schwierig. Zum einen ist es der zeitliche Faktor. Es gibt einfach grosse Überschneidungszeiten, insbesondere am Donnerstag- oder Freitagabend, wenn viele Läden bis um 20 Uhr geöffnet haben oder noch länger und das Z7 mit der Türöffnung schon um 18 Uhr Parkplätze braucht. Das gibt Konflikte, das kann man sich ziemlich schnell ausrechnen. Was halt sonst noch der Fall ist, wenn das Z7 immer irgendwo Parkplätze bekommt, sind sie immer als Bittsteller dort, das heisst, ein Grüssen-Center kann das auch wieder entziehen. Zum Beispiel wenn etwas vorgefallen ist und da wären wir jetzt auch bei den rechtlichen Gründen oder Haftung. Wenn eine Beschädigung passiert, wer ist dafür verantwortlich in dieser Zeit, um dort zu stehen, zu schauen, um die Türen zu schliessen am Abend oder Kontrollen zu machen. Ich denke, dass was GR Roger Schneider vorhergesagt hat, dass die Verhandlungen mit dem OBI noch einmal völlig neu aufgerollt werden, wäre vielleicht eine Möglichkeit für den Gemeinderat festzulegen, dass es eine garantierte Anzahl von Parkplätzen gibt, welche dann auch zu dieser Zeit zur Verfügung stehen. Das Problem ist dann halt eben wieder, wenn es nur so lose Vereinbarungen sind und dann sind die Geschäfte noch voll.... Es müsste wirklich eine gewisse Garantie vorhanden sein. Was wir bei dieser Diskussion nicht vergessen dürfen, ist, dass das Z7 auch einen Mehrwert für sehr viele andere Unternehmen hier in Pratteln schafft. So hat mir kürzlich jemand, welche ein «Bed and Breakfast» betreibt, erzählt, dass rund 1/4 von ihren Übernachtungsgästen Z7-Besucher sind und das ist jemand, der im Süden von Pratteln ein «Bed and Breakfast» hat. KMUs, die in der Nähe sind, profitieren noch viel mehr. Viele Besucher gehen vorher noch ins Restaurant oder in eine Bar oder in einen Imbiss oder brauchen sonst noch irgendwelche Sachen, sei es von Tankstellen oder vom Kiosk. Da kommt auch etwas nach Pratteln rein. Es darf nicht sein, dass so eine tolle Einrichtung wie das Z7 in Pratteln an einer Zufahrtsstrasse und an Parkplätzen scheitert. Ich denke, das könnten wir garantieren. Kultur ist immer im öffentlichen Interesse, vor allem eine solch grosse Einrichtung. Es ist zwar nett gemeint, wenn man sagt, Parkplätze beim Grüssen-Center können nicht garantiert werden, aber wir sind zuversichtlich, dann reicht das einem Unternehmen nicht, Investitionen im Millionenbereich zu tätigen und diese Investitionen sind nötig. Das Z7 muss dringend Sanierungen machen, darum ist jetzt auch der Zeitpunkt zum entscheiden und zum handeln. Das Z7 kann jetzt die Investitionen machen, wenn sie Sicherheit haben. Wenn sie keine Sicherheit für Pratteln bekommen, dann bedeutet das, sie müssen weitergehen, weil sie die Investitionen machen müssen und haben dann keine Sicherheit. Das würde niemand machen oder?

Patrick Weisskopf: Auch die Fraktion der Unabhängigen hat die Interpellation angeschaut und ist mit der Beantwortung der Fragen durch GR Roger Schneider zufrieden. Das, was wir hier sehen, ist der Mehrwert, den ein Z7 bringt und zeigt eben auch, dass die Kultur Platz und Raum braucht. Dieser Raum ist halt begrenzt. Da spricht etwas, was wir uns auch für die Zukunft ein bisschen genauer anschauen und vielleicht einmal eine Perspektive machen müssen. Vor ein paar Jahren hatte Dominik Hollenstein einmal ein Postulat, wir könnten ja die Autobahn nutzen und die Autobahn abdecken. Das ist vielleicht jetzt etwas, was man wirklich einmal als Perspektive aufnehmen muss und sich überlegen, können wir solche Flächen auch nutzbar machen und damit auch die Gemeindefläche vergrössern, also effektiv eine Doppelnutzung. Das gibt es heute schon in vielen Städten in der Schweiz und Gebiete, dass man eine Doppelnutzung macht, sei das einerseits mit Solaranlagen, seien das Grünwechsel seien das Infrastrukturbauten oder eben auch Parkplätze. Gerade Pratteln mit seinem hohen Logistikeranteil ist auch in Zukunft auf so Flächen angewiesen. Man sieht beispielsweise immer diese Staus, die wir haben vor dem Zoll. Beim Zollübertritt sieht man fehlende Hof-Logistikfläche, so dass Lastwagen auf der Strasse stehen. Es sind also ernsthafte Themen und ich möchte dem Gemeinderat wirklich mal ein bisschen «think out of the box» ans Herz legen und sich, genau mit so einer Parkplatzproblematik, halt doch auch Gedanken zu machen. Was würde das sein, könnte man so etwas annehmen, was sind die Probleme, welche auch das ASTRA bringt mit Baurechtszinsen. Das ist eine Möglichkeit. Wir sehen es auch mit unserem Baumarkt OBI. Lange war das blockiert, lange hat man nichts gemacht. Die Jahre vergehen und hier sind uns ein paar Millionen bachab gegangen und deshalb denke ich, so Sachen muss man eben jetzt angehen, damit man auch in Zukunft entsprechend gerüstet ist.

Kurt Lanz: Man kann sich das vorstellen. Ich bin relativ regelmässig im Z7 und ich möchte eigentlich gerne, dass dieser Kulturort in Pratteln bestehen bleibt. Ich möchte vom Gemeinderat noch ganz kurz wissen: Wenn der Gemeinderat sagt, «eine befristete Lösung» im Zusammenhang mit den Parkhäusern. Warum müsste die vom Gemeinderat aus befristet sein? Dann habe ich von GR Roger Schneider gehört: Der Gemeinderat kann vermittelnd wirken. Meine Frage ist: Macht er es dann auch und wenn ja, wie? Könnte er das auch proaktiv machen? Was mir die Diskussion jetzt hier gezeigt hat, ist, dass mit der Antwort mehr oder weniger alle zufrieden sind und nichts passiert.

Petra Ramseier: Hat man denn schon einmal mit der IKEA geredet? Sie haben ja etwa 750 überdimensionierte Parkplätze seit Anfang. Wenn diese auf normale Grösse eingezeichnet würden, wie jedes andere Parkhaus, dann hätte man wahrscheinlich die 200 oder 250 Parkplätze zusammen, die es braucht. Für die IKEA gingen keine Parkplätze verloren, spielt also auch keine Rolle, wann diese dann genutzt würden, die zusätzlichen. Ich glaube, dort ist genug Platz vorhanden.

Dieter Pfrtner: Es freut mich, dass sich die rotgrüne Ratshälfte so stark einsetzt für Parkplätze und sogar so weit gehen, dass sie wegen diesen die Autobahn überdecken wollen. Ich glaube einfach, das ist auch euch klar und hat auch der grüne Gemeinderat gesagt, die Gemeinde muss alle Gewerbebetreibende gleich behandeln. Es ist erwähnt worden, dass die IKEA so breite Parkplätze hat. Das ist wegen des VCS, wenn ich mich nicht täusche. Sie wollten mehr Parkplätze machen und sind gezwungen worden, diese zu reduzieren und darum mussten sie sie dann so breit einzeichnen. Ich glaube, sie wären dankbar, wenn wir ihnen wieder erlauben würden, sie schmaler zu machen. Auch dort gibt es ja sicher gute Gründe, warum die Leute mit dem Auto kommen wollen, wenn sie Möbel oder andere auch schon nur Geschirr oder was auch immer kaufen. Das kann man praktischer mit dem Auto transportieren als mit dem Bus und Tram usw. Da müssen wir einfach alle gleich behandeln, zumal jemand wie die IKEA in Pratteln ja ziemlich viel Steuern zahlt und auch ziemlich viele Leute nach Pratteln bringt, welche auch dem übrigen Gewerbe nutzen. Wir können nicht einfach einen Gewerbebetreibenden, weil er uns jetzt besonders sympathisch ist, quasi subventionieren von Seiten der Gemeinde und mit zweierlei Ellen messen. Ich weiss auch nicht wieviel das Z7, abgesehen davon kulturell, für Pratteln bringt. Das ist etwas von nationaler oder internationaler Bedeutung. Es ist jetzt einfach zufällig in Pratteln, weil es verkehrstechnisch günstig gelegen ist. Ich würde jetzt einmal schätzen, dass 90 Prozent von denen die kommen, von der Autobahnabfahrt direkt ins Z7 fahren und wieder weg und vielleicht nicht einmal wissen, dass es Pratteln ist oder jedenfalls

sonst von Pratteln nichts mitbekommen. Last but not least: Es gibt ja auch noch viele andere Möglichkeiten, wo ich nicht verstehe, dass man diese nicht nutzt. Es gibt Parkplätze im Schwimmbad unten, die ein halbes Jahr leerstehen, wenn das Schwimmbad geschlossen ist. Vielleicht können wir auch im Sommer eine Regelung finden. Es gibt leere Gelände neben der ARA Rhein, es gibt zwei grosse Parkhäuser am Bahnhof Liestal, welche Nachts leerstehen. Es gibt noch andere Parkhäuser in der Region, wo die Leute mit dem öffentlichen Verkehr nach Pratteln kommen könnten. Von Liestal wäre das ganz einfach und wenn es dann zu spät ist für die Rückreise am Ende des Konzertes, kann man ja Shuttlebusse organisieren vom Z7, welche die Leute zu den Parkplätzen bringt. Diese müssen ja nicht gerade vor der Türe vom Z7 sein, scheint mir.

Andreas Seiler: Auch für uns Freisinnige und ich glaube auch für die anderen bürgerlichen Parteien, ist eigentlich schon lange klar, dass für viele Betriebe Parkplätze ein wichtiges Thema sind. Deshalb bin ich auch froh, dass es die SP auch so sieht. Das Z7 ist auch eine Unternehmensorganisation, welche den Namen Pratteln am Ende ins ganze Land und sogar in ganz Europa hinaus trägt und deshalb ist es auch wichtig, dass wir so wichtige Unternehmen auch entsprechend behandeln, aber nicht bevorzugen gegenüber anderen, die natürlich genauso eine Berechtigung haben in Pratteln. Aber dass man entsprechend schaut, was ihre Bedürfnisse sind und ich hoffe schon, dass man eine Lösung findet in Pratteln. Wenn das Z7 wahrscheinlich nicht einen eigenen Parkplatz irgendwo errichten kann, dann haben sie das Überschneidungsproblem und es ist nicht nur die Benutzung als Parkplatz, es braucht wahrscheinlich auch noch Zeit für die Reinigung, dies kann man auch nicht nachts machen, da man nachts ja nichts sieht. Je nachdem, wie gut das beleuchtet ist, wo der Dreck liegt und das wird einfach in der Realität notwendig sein und darum, so hoffe ich, dass wir eine Lösung finden.

Es gibt zum Beispiel beim ARA und bei der Hartwasser Reserveflächen, wo ich nicht genau weiss, in welchem Zeitraum diese zum Beispiel geplant sind zum Bebauen. Dies wurde in der Zonenplanung damals ausgespart, wo man die Zonenplanung Salina Raurica gemacht hat. Vielleicht gäbe es da eine Möglichkeit. Ich hoffe, dass der Gemeinderat, wenn er das noch nicht geprüft hat, dies noch anschauen kann. Es wäre ja eigentlich nicht so weit weg vom Z7 und mit einem Shuttlebus wäre es auch erreichbar, falls der direkte Fussweg nicht gehen sollte, aber über die Brücke möglich sein. Dann hoffe ich schon, dass wir hier eine Lösung finden und auch mit der Kraftwerksstrasse, wenn diese vermehrt offen ist, muss eine Lösung gefunden werden, damit man das vielleicht temporär sperrt oder so, wie dies in der St. Jakobstrasse vor einem Stadion auch möglich ist, wenn ein Fussballspiel stattfindet. Also ich hoffe, dass wir eine Lösung finden, im Rahmen von dessen, was der Gemeinderat machen kann.

Sebastian Enders: Wir finden es äusserst begrüssenswert, dass ein Parkplatzwunsch hier ankommt. Das Z7 ist eine bekannte Institution. Ich denke, das ist allen bewusst. Es ist jetzt auch schon mehrfach gesagt worden. Ich bin im letzten «Krachen» der Schweiz, während meines Militärdienstes, darauf angesprochen worden, ob das Z7 nicht aus der Gemeinde kommt, wo ich herkomme. Wir finden es gut, dass sich die Gemeinde dafür aktiv einsetzt. Wichtig ist uns einfach, dass wir alle gleichbehandeln. Vielleicht kann hier eine allgemeine Bedarfsabklärung gemacht werden. Wie schon gesagt, sind auch bei anderen Firmen oder Institutionen in Pratteln Parkplätze wichtig. Möglicherweise gibt es da Synergien, welche man nutzen kann. Vielleicht mit Firmen oder Institutionen, die weniger Bekanntheitsgrad oder Rückendeckung haben, als das Z7. Auch ich bin der Überzeugung, dass, wenn die Gemeinde sich aktiv dafür einsetzt, es wahrscheinlich eher auf Erfolg stösst, als wenn Private sich auf Parkplatzsuche geben. Da sind Firmen wie IKEA vielleicht etwas zurückhaltender, als wenn die Gemeinde kommt mit einem öffentlichen Anliegen, dann zeigt das vielleicht etwas mehr Wirkung.

Rebecca Moldovanyi: Ich habe da noch zwei, drei Sachen ergänzen wollen. Also zum Ersten: Ich finde es witzig, dass man da immer wieder mit den Parkplätzen kommt, von linker Seite. Ich bin übrigens auch die gewesen, welche Töff-Parkplätze wollte. Dann zur Gleichbehandlung: Natürlich soll man Geschäfte gleichbehandeln, aber das Z7 kann man nicht einfach nur als ein Geschäft anschauen. Es bringt einen wahnsinnigen, kulturellen Mehrwert und das kann man nicht gleich anschauen, wie eine IKEA, welche Geld einfach rein bekommt. Natürlich ist das wichtig, aber der kulturelle Mehrwert, den sie der Bevölkerung bringt, kann man nicht einfach 1:1 mit dem aufwiegen. Dann wurde gefragt, ob dies der Bevölkerung von Pratteln

überhaupt etwas bringt: Also, ich nehme jetzt einmal an, dass die Mehrheit der Bevölkerung von Pratteln irgendeinmal im Z7 selber gewesen ist. Es gibt auch andere Unternehmen, welche von den Leuten profitieren, die dadurch angezogen werden. Ich denke, das Schwimmbad wird/ist eventuell im Winter eine Option, aber im Sommer sicher nicht, weil es halt eben wieder mit den Nutzungszeiten zu starken Überschneidungen kommt und gerade am Abend hat es die meisten Leute im Schwimmbad. Alles in allem wäre es für unsere Legislaturziele sicher gut, man würde sich diesem Thema sehr gut annehmen. Wir haben nämlich Kultur als Thema, die wir fördern wollen. Was immer wieder ein Thema in der Entwicklungskommission war, ist das Image von Pratteln und da haben wir jetzt wirklich ein Alleinstellungsmerkmal, das gibt es nirgends sonst in der Region.

Petra Ramseier: Parkplätze jetzt auf die freien Flächen neben der ARA oder so zu machen, geht natürlich gar nicht, da müssen wir nicht darüber diskutieren. Die IKEA muss ja die Parkplätze nicht gratis abgeben. Das ist ja nicht die Idee, sondern die Flächen einmal zur Verfügung zu stellen, weil sie ja eben ursprünglich sowieso zu viele Parkplätze geplant hatten. Von dem her würden die Parkplätze zur Verfügung stehen. Potentiell würden sie da hineinpassen und dann müssen wir halt eine Einigung finden. Wie werden sie genutzt, dass die nur am Abend genutzt werden, vom Z7 logisch. Die IKEA kann sie dann nicht einfach «à discrétion» nutzen, weil sie einen Quartierplan haben, wo drinsteht, wie viele Parkplätze sie haben dürfen. Ich denke auch an ÖV-Förderung. Die Leute möglichst mit dem ÖV hinzubringen, ist weiterhin eine Option. Aber wenn es die Parkplätze braucht, dann kann man den Platz einmal sicher suchen. Grüne Wiese, nein lieber nicht.

Sebastian Enders: Ja Rebecca, wegen Gleichbehandlung: Ich habe nicht gemeint, irgendwelche andere Firmen, sondern ich habe auch andere kulturelle Institutionen gemeint, oder Sportanlässe oder was auch immer. Wir dürfen hier nicht werten, was oder welche Organisation den grössten kulturellen Mehrwert hat, weil es einfach besonders bekannt ist. Sondern es geht einfach darum, dass man, wenn man etwas macht, dass man das für alle gleich macht. Natürlich für Kultur, nicht nur für irgendwelche Firmen, die Geld bringen oder Geld kosten, sondern das ist einfach übergreifend gemeint.

GR Roger Schneider: Ich möchte jetzt nicht wahnsinnig länger machen. Danke für die Inputs und Ideen, die nehmen wir gerne auf. Diese sind zum Teil auch schon bekannt. Das mit den Parkplätzen ist noch, ich bin jetzt nicht Experte, aber ich glaube, die Anzahl Parkplätze sind soviel ich weiss auch gebunden an z. Bsp. den Quartierplan. Wir kennen dies auch hier drinnen mit den Reduktionsfaktoren usw. wo wir operieren oder auch eine Baubewilligung, wo man die Parkplatzanzahl einfach erweitern kann. Das ist nicht so einfach, weil da ist das Umweltgesetz hintendran und das heisst, wir müssen wahrscheinlich eine neue Umweltverträglichkeitsprüfung machen und das ist nicht ganz ohne.

Mir wäre am liebsten das Z7 ohne oder mit weniger Parkplätzen, dass man dies wirklich anders lösen könnte. Also die Gäste und Kunden anders hinbringen, auch von weiter weg, oder mit tollen Angebotspaketen mit Übernachtung und so weiter. Ich bin in Diskussion mit Melanie, Mischa und Norbert, wir tauschen uns regelmässig aus und wir haben jetzt nicht die Lösung, aber wir arbeiten daran. Wir haben ein bisschen Zeit, nicht mehr viel. Die Gemeinde macht ihr Möglichstes, aber sie kann nicht die einzige Lösungsbringerin sein. Es braucht noch andere. Vielleicht schaffen wir eine Welle von Solidarität unter den KMUs und so in Pratteln, welche dem Z7 etwas zur Verfügung stellen. Natürlich nicht gratis, sie sind bereit, auch etwas zu bezahlen. Sie haben sehr viel Echo gehabt nach der Mitteilung, wo sie gesagt haben, sie würden schliessen per Ende 2022. Aber daraus ist ja auch nichts Handfestes entstanden, welches das Kernproblem lösen würde, leider. Die Hoffnung stirbt zuletzt und es wäre wirklich ein Jammer, also ich kann mir das nicht vorstellen, Pratteln ohne Z7 und wir arbeiten daran. Aber ich sehe hier drinnen oder habe gehört, wie viele mitdenken und sich solidarisch zeigen. Vielleicht schaffen wir es wirklich einmal, irgendeine Lösung zu finden. Ob es jetzt genau das ist, welches sich das Z7 vorstellt oder vielleicht etwas anderes, das aber das Weiterbestehen ermöglichen würde, dann würden wir uns alle sehr darüber freuen.

Ich hoffe, ich konnte alles ein bisschen beantworten, die Reserveflächen habe ich auch schon ins Spiel gebracht. Da ist der Standortförderer Thomas Kübler mit den Flächen involviert und es hat schon einen Kontakt gegeben, also vom Z7 direkt auch einer mit ihm. Er hat auch schon andere Lösungsvorschläge gebracht. Mit der Gleichbehandlung ist es ja so, ein Z7 gibt es kein zweites wie in Pratteln, daher ist das schon ein Alleinstellungsmerkmal. Es ist etwas Spezielles, aber wir können auch nicht zaubern, das habe ich auch schon in einem Interview im Sommer gesagt, als ich mehrere geben musste. Das ist einfach schwierig. Ich hoffe, ich habe die wesentlichsten Fragen beantworten können.

Ob IKEA konkret angefragt wurde, weiss ich nicht, zumindest von mir und dem Gemeinderat nicht.

Rebecca Moldovanyi: Ich wollte einfach noch zwei Sachen festhalten, und zwar dass die Zeit wirklich drängt. Das Z7 nimmt keine Aufträge mehr für die Zukunft an und wird dann halt entsprechend auch weiterschauen, wenn es dann hier keine längerfristige Perspektive gibt. Das andere ist, man hätte gerne möglichst wenige Parkplätze. Ich kann diesen Wunsch verstehen, aber das ist leider halt nicht realistisch.

Sie haben ja gewisse Vorgaben wie viele Parkplätze sie haben müssen und viele Leute wollen am Abend auch einfach nach Hause nach einem Konzert, was einfach auch nicht von überall her möglich ist, wenn ein Konzert bis 24.00 Uhr geht.

://: Die Interpellation ist beantwortet.

6. Nr. 3240

Zwischenbericht Postulat, U/G, Petra Ramseier, Christoph Zwahlen Hitzeinseln in Pratteln – Klimaschutz im Wohngebiet

GR Urs Hess: Wir haben hier jetzt einen Zwischenbericht gemacht, weil wir festgestellt haben, dass wir das Postulat nicht innerhalb der Zeit, die uns zur Verfügung steht, beantworten können. Ihr habt eine ausführliche Antwort bekommen und der Zwischenbericht soll zeigen, was wir schon früher einmal im Gemeinderat hatten. Wir meinen, dass wir bereits früher gesagt haben, wir sollten das mit dem städtebaulichen Entwicklungskonzept umsetzen, dann haben wir das Geld nicht erhalten. Jetzt haben wir das Geld im so genannten REK und das ist ja dort auch eingestellt, damit kann an und für sich die Thematik, die hier ist, behandelt werden und ich bitte euch, diesen Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen. Das Endresultat kommt nachher mit dem Räumlichen Entwicklungskonzept.

Dominique Häring: Es ist eine Weile her, da war ich auch Einwohnerratspräsidentin und hatte die Gelegenheit, mit dem Gemeinderat zu reden und manchmal auch darauf aufmerksam zu machen, dass die Fristen nächstens ablaufen. Ich möchte an dieser Stelle dem aktuellen Gemeinderat herzlich danken für die Zwischenberichte. Ich habe dies immer etwas moniert und jetzt sind sie hier. Dieses Votum möchte ich jetzt auch noch für das folgende Geschäft abgeben. Herzlichen Dank, ein wichtiger Teil.

Petra Ramseier: Auch von meiner Seite danke vielmals für den Zwischenbericht. Wir denken, das ist auf einem guten Weg. Ich hoffe einfach auch, dass das Thema Klima und Hitzeinseln im REK genügend Platz erhält.

Fabian Thomi: Auch die SP-Fraktion bedankt sich herzlich beim Gemeinderat für den Zwischenbericht und kann dem Vorgehen so folgen.

Christoph Zwahlen: Es gibt keine Abstimmung, denn wir haben diesen Bericht zur Kenntnis genommen sonst hätte man rauslaufen müssen, wenn wir das nicht haben wollten. Der Punkt 4.2 ist eigentlich, es heisst das Postulat ist im Rahmen des Räumliche Entwicklungskonzepts zu behandeln und die definitive Beantwortung anschliessend dem Einwohnerrat vorzulegen, nicht ein Beschluss, sondern das ist weiteres Vorgehen und über weiteres Vorgehen müssen wir auch nicht abstimmen, weil wir ja nichts daran ändern.

Der Zwischenbericht zur Beantwortung des Postulats wird zur Kenntnis genommen.

Weiteres Vorgehen:

Das Postulat ist im Rahmen des Räumlichen Entwicklungskonzepts zu behandeln und die definitive Beantwortung anschliessend dem Einwohnerrat vorzulegen.

7. Nr. 3151

Zwischenbericht, Postulat, FDP, Paul Dalcher, Initiierung einer öffentlichen Ideensammlung Arco Verde

GR Urs Hess: Auch hier mussten wir feststellen, dass wir ja auch nicht innerhalb der Frist handeln können, respektive den Bericht vorlegen und darum haben wir auch hier einen Zwischenbericht gemacht. Paul Dalcher hat das Postulat schon einmal eingereicht, nachher haben wir es abgeschrieben respektive ist es dann nicht behandelt worden. Er hat es nochmals eingereicht, das ist sein gutes Recht und wir wollen nicht, dass es noch einmal eingereicht werden muss, sondern ganz klar auch aufzeigen, es ist dasselbe wie beim vorherigen Mal. Wir haben jetzt tatsächlich im REK das Geld eingestellt und der Einwohnerrat hat das Geld bewilligt und damit kann man das auch zusammen behandeln. So wie sich das gehört. Ihr habt den Zwischenbericht gesehen. Er ist ziemlich umfangreich. Ich bitte euch, auch diesen zur Kenntnis zu nehmen.

Der Zwischenbericht zur Beantwortung des Postulats wird zur Kenntnis genommen.

Weiteres Vorgehen:

Das Postulat ist im Rahmen des Räumlichen Entwicklungskonzepts zu behandeln und die definitive Beantwortung anschliessend dem Einwohnerrat vorzulegen.

8. Nr. 3273

Beantwortung, Postulat, U/G, Delia Moldovanyi, Christoph Zwahlen, Sichere Fuss- und Veloverbindung von der Ergolzstrasse in die Augster/Augsterheglistrasse – Verbindung des Quartiers südlich der Bahnlinie mit der Längi

GR Urs Hess: Bei diesem Postulat habt ihr die Antwort ja sicher alle gesehen. Es geht darum, das man feststellt, dass da gewisse Pläne, welche man anschaut, nicht so richtig interpretiert hat. Es ist aber auch so, dass eine Überquerung der Frenkendörferstrasse jetzt in Planung ist, das ist aufgelegt oder liegt sogar noch auf, wo man im Prinzip von der Augsterstrasse rüber direkt in die Poststrasse fahren kann, auf der Augsterseite, also auf der anderen Seite der Frenkendörferstrasse. Das gibt Fuss- und Velowege, welche der Kanton zusammen realisiert. Die Gemeinde Pratteln beteiligt sich an der Poststrasse zusammen mit der Gemeinde Augst. Wenn wir da unter der Bahn durchwollen, wie sich das die Postulanten vorstellen, dann muss ich euch sagen, dann haben wir ein riesiges Problem. Nicht, dass man etwas nicht unter der Bahn durchmachen könnte, aber wahrscheinlich hätten die Hausbesitzer auf beiden Seiten der Parzellen ein Problem damit. Wenn man eine Unterführung machen müsste, ginge diese so tief untendurch, dass nachher die anderen Häuser gar keinen Zugang mehr hätten. Wir haben das Ganze geprüft und auch festgestellt, dass es von den Kosten her auch nicht unbedingt etwas bringt, weil das immense Kosten wären, wenn wir allenfalls sogar noch Liegenschaften erwerben und abrechen müssten. Das wäre, glaube ich, auch nicht im Sinn der Postulanten.

Wir haben euch auch aufgezeigt, wie lange der Weg ins Schulhaus ist von der einen Seite auf die andere, je nachdem wo man durchläuft. Es kommt in etwa auf das Gleiche hinaus. Ich beantrage euch, das Postulat abzuschreiben. Wir haben geprüft und berichtet.

Delia Moldovanyi: Ich danke dem Gemeinderat herzlich für die Beantwortung des Postulats. Ich bitte euch jetzt heute Abend hier trotzdem, das Postulat noch nicht abzuschreiben. Ich denke, der Teil mit der Überquerung beziehungsweise einer Unterführung der Bahngleise ist verständlich und kann man so stehenlassen. Das muss nicht gemacht werden, wenn es einfach unrealistisch ist. Es geht aber auch noch um die Frenkendörferstrasse, wie diese eventuell ausgebaut werden kann, damit sie einfach Velofreundlicher und Fussgängerfreundlicher wird. Der Gemeinderat schreibt, wie in der Beantwortung dargelegt wurde, hat der Gemeinderat die kantonale Bau- und Umweltdirektion aufgefordert zu prüfen, ob das westliche Trottoir entlang der Frenkendörferstrasse verbreitert werden kann, um ein nebeneinander von Velofahrern und Fussgängern zu verbessern. Für die Vollständigkeit von diesem Postulat, sollten wir diese Antwort des Kantons auch noch abwarten. Der Zeitpunkt für die Forderungen von diesem Postulat sind immer noch sehr treffend, weil bei der Frenkendörferstrasse, laut den Informationen der Kantonsverwaltung, in den nächsten wahrscheinlich zwei Jahren der Strassenbelag erneuert werden muss und aufgrund dessen könnte man das dann eben mit so einer allfälligen, also wenn der Kanton das auch so sieht, dass man das Trottoir verbreitern könnte, dann kann man das gerade zusammenlegen. Dann gibt es nicht zwei Baustellen und man könnte das effizienter durchbringen. Auch im Hinblick auf das neue Legislaturziel, welches wir haben, dass der Langsamverkehr besonders gefördert werden soll, sollten wir dieses Postulat heute Abend noch nicht abschreiben und das noch weiterverfolgen.

GR Urs Hess: Das Postulat zielt nicht auf die Frenkendörferstrasse ab, dort ist nämlich noch ein anderes Postulat offen, wo ihr die Antwort bekommt. Das hier geht nicht um die Frenkendörferstrasse. Das geht ganz explizit um die Fussgängerverbindung zwischen der Augsterstrasse und der Ergolzstrasse und darum hat das miteinander nichts zu tun. Die Antwort von diesem Postulat ist gegeben. Das ist geprüft und berichtet und hat mit der Frenkendörferstrasse nichts zu tun. Dort ist ein anderes Postulat hängig und dort bekommt ihr die Antwort auch, wir sind nämlich mit dem Kanton in Kontakt.

Delia Moldovanyi: Genau, das ist so. Wir haben zu diesem Zeitpunkt zwei Postulate eingereicht. Das eine geht um die Überquerung der Frenkendörferstrasse, das wäre also von der Längi quasi auf die Strassenseite rüber zum Minigolf. Das andere Postulat geht um die Verbindung vom südlichen Teil der Längi mit dem nördlichen Teil. Das hat nichts mit einer Überquerung zu tun. Es hat damit zu tun, dass die Leute aus dem südlichen Teil der Längi in den nördlichen Teil kommen oder umgekehrt. Hier war die eine Prüfung eben eine Überquerung oder Unterführung. Das ist wie gesagt, nicht machbar. Aber auch das Trottoir der Frenkendörferstrasse ist als Alternative zu prüfen gewesen. Das steht auch in der Beantwortung des Postulats drin, dass das so bei der Umwelt- und Baudirektion angefragt wurde.

Abstimmung

://: Das Postulat wird mit 20 Ja- zu 14 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung als erfüllt abgeschrieben.

Fragestunde

Frage

Fusswege zwischen Frenkendörferstrasse und Pumpwerk Löli

(Emil Job, U/G-Fraktion)

GR Urs Hess: Frage 1: Wird die Ergolzstrasse am Süden in die Ebene zwischen Autobahn und Grundwasserschutzzone 1 für Fussgänger wieder durchgängig gemacht? Ja sie wird für Fussgänger durchgängig gemacht.

Frage 2: Wenn ja, wann werden die Arbeiten umgesetzt? Das geschieht im Verlauf des Jahres 2022, also nächstes Jahr.

Die Frage ist beantwortet.

Die Sitzung wird um 21.05 Uhr beendet.

Pratteln, 20. Oktober 2021

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Christoph Zwahlen Ulrike Schmid